54. Jahrgang. № 353. Dienstag, 21. Dezember 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif [illegible]

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Gummi- Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Buffer, Walzen, sowie alle Maschinenbedarfs-Artikel wie: Stopfbüchsen-Packungen, Selbstöler, Wasserstandsgläser, Maschinenöle — en gros — liefern in besten Qualitäten billigst — en detail
Gummi- u. Asbest-Compagnie
Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 16.

Vornehmste Neuheiten in Leder-Damentaschen
Adolf Näter, Prager Strasse 26
Damengürtel. Pompadours.

Königl. Preuss. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück . . . . 3½ ₰
Kriegsschule do. . . . . 4 ₰
Luftschiffer do. . . . . 5 ₰
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstück 6½ ₰
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a. M., Bahnhofsplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Rönisch Pianos K. S. Hoflieferant - Magazin: Dresden, Waisenhausstrasse 24.

Ankündigungen,

die sich auf öffentliche Veranstaltungen, Konzerte ꝛc. am **zweiten Weihnachtsfeiertag** beziehen, bitten wir für die erste Feiertagsnummer aufzugeben, da am zweiten Feiertag kein Blatt erscheint.

Bei der Aufgabe von **Familien-Anzeigen** (Verlobungen und Vermählungen) ist die Beibringung einer amtlichen **Legitimation** erforderlich.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Senatspräsident Kurtz vom hiesigen Oberlandesgericht ist gestern Nacht in Dresden gestorben.

In der Chemischen Fabrik von Heyden in Radebeul ereignete sich gestern eine neue Explosion, wobei ein Arbeiter schwer verletzt wurde.

Dem Nachtragsetat für 1909 in der vom Reichstag angenommenen Fassung hat der Bundesrat zugestimmt.

Im Kwilecki-Prozeß stellte das Oberlandesgericht Posen in der Berufungsinstanz gestern fest, daß der als Graf Josef Kwilecki beim Berliner Standesamt eingetragenen Knabe nicht der Sohn des gräflichen Paares ist.

Eine Luftschiffahrtverkehrsgesellschaft wurde in München gegründet.

Die Kopenhagener Untersuchungskommission erklärt Cooks Dokumente für nicht beweiskräftig.

Rußland nimmt in Ostasien umfangreiche Truppenbewegungen vor.

In London wurde ein großer Bazar durch Feuer zerstört, wobei mehrere Personen getötet und viele verletzt wurden.

In Newyork brachen am Sonnabend in drei Theatern Brände aus, wobei 40 Personen verletzt wurden.

Negus Menelik soll nach einer Meldung der „Tribuna" gestorben sein.

Die slawische Obstruktion im Wiener Abgeordnetenhause,

die ein so überraschendes Ende gefunden hat, besiegelt einen neuen Abschnitt in der Geschichte der nationalen und parlamentarischen Entrechtung des Deutschtums in Oesterreich. Wer das verstehen will, muß sich genau die eigentümlichen Erscheinungen und Begleitumstände vergegenwärtigen, unter denen die Obstruktion der Slawischen Union ins Leben getreten ist und unter denen sie ihren Abschluß gefunden hat. Zu dem Zwecke muß etwas weiter zurückgegriffen werden auf die in der letzten Zeit von der Slawischen Union ausgegangenen Vorstöße gegen das Kabinett Bienerth. Die gesamte Union, in der sich die Tschechen und die Südslawen vereinigen und die sich die größte Mühe gibt, auch die Polen endgültig auf ihre Seite hinüberzuziehen, hatte dem gegenwärtigen Ministerium den Fehdehandschuh hingeworfen, weil es sich ihren diktatorischen Wünschen zur Stärkung der nationalen Stellung der Tschechen auf Kosten des Deutschtums nicht anwillig fügen wollte. Als dann die Tschechen in ihrer nationalen Anmaßung so weit gingen, daß sie sogar gegen das kerndeutsche niederösterreichische Gebiet sich vorwagten, da riß den Deutschen der Geduldsfaden, und die vereinigten deutschen Parteien einschließlich der Christlich-Sozialen legten einen Sprachengesetzentwurf vor, der die deutsche Amts- und Landessprache für die deutschen Kronländer sicherstellte. Freiherr von Bienerth zögerte nicht, diesem Entwurfe seine Zustimmung zu geben, und Kaiser Franz Joseph II. sanktionierte ihn mit den denkwürdigen Worten, die ihm das dankbare Deutschtum Oesterreichs nie vergessen wird: „Ich habe es gern getan." Als hierauf die Tschechen vergeblich für sich weitere nationale Zugeständnisse verlangten, in völliger Verkennung der Tatsache, daß den Deutschen lediglich der ihnen vollauf gebührende gesetzliche Schutz für ihr letztes nationales Bollwerk im habsburgischen Staate zuteil geworden war, begann die Slawische Union im Parlament ihre Obstruktionsarbeit, die übrigens auf der ganzen Linie das deutliche Gepräge einer erkünstelten Mache trug und sich auch nicht entfernt mit der deutschen Obstruktion gegen die Badenischen Sprachenverordnungen vergleichen ließ. Damals handelte es sich um das elementare Aufbäumen des an seinem Lebensnerv getroffenen österreichischen Deutschtums gegen eine ihm zugefügte schwere Vergewaltigung, und dementsprechend war auch die urwüchsige Kraft, mit der sich die parlamentarische Obstruktion Bahn brach und alle Widerstände vor sich niederfegte, bis sie ihr Ziel erreicht hatte. Heute dagegen kämpften die Tschechen und die ihnen verbündeten slawischen Elemente nicht um ihr gutes Recht, das niemand angetastet hat, sondern sie wollten mit einer frivol vom Zaune gebrochenen Lahmlegung der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit lediglich ihre unersättlichen nationalen Herrschaftsgelüste und ihren Haß gegen das Deutschtum befriedigen. Kein Wunder also, daß eine von solchen Beweggründen geleitete Obstruktion auch äußerlich ihren wahren Charakter verriet.

Endlich, als der slawische „Obstruktionsrummel" — das ist in Wahrheit der bezeichnende Ausdruck für die Sache — an seiner eigenen Langweiligkeit zu sterben drohte, hielten doch weder Minister noch Publikum es schließlich mehr für nötig, sich um die obstruierenden tschechischen Dauerredner zu kümmern, geschah etwas höchst Ueberraschendes. Es wurde nämlich ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der nicht mehr und nicht weniger bezweckte, als der Obstruktion den Garaus zu machen, und dieser Antrag kam aus den eigenen Reihen der Obstruktionisten. Also nicht die Gegner der Obstruktion, sondern ihre eigenen Väter sahen sich plötzlich veranlaßt, gegen die Verhinderung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments Front zu machen und sich als Retter des Vaterlandes aufzuspielen. Der unter so seltsamen Umständen aus der Versenkung aufgetauchte Antrag setzt für den Präsidenten des Hauses nahezu diktatorische Befugnisse fest, da er die Befugnis erhalten soll, nach seinem Belieben alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, „die Arbeiten des Hauses gegen jede Störung und jeden Mißbrauch der Geschäftsordnung sicherzustellen". Die sogenannte technische Obstruktion, die in Oesterreich mittels der gehäuften Einbringung sofort zu verhandelnder Dringlichkeitsanträge betrieben wird, soll dadurch unmöglich gemacht werden, daß die Tagesordnung auf jeden Fall den Vorrang erhält, bei Anträgen zur Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung wegfällt und Dringlichkeitsanträge erst am Schlusse der Sitzung zur Verhandlung kommen. Endlich soll gegen widerspenstige Abgeordnete der Ausschluß auf drei Sitzungen gestattet sein und die ganze Neuordnung zunächst auf ein „Probejahr" Geltung haben.

Was die tiefere Absicht dieses Antrages ist, der die Zustimmung einer aus Tschechen, Südslawen, Polen, Sozialdemokraten und leider auch Christlich-Sozialen bestehenden Mehrheit gefunden hat, erhellt aus dem Namen seines Urhebers Dr. Kramarcz und aus der Rolle, die dieser tschechische Führer im politischen und parlamentarischen Leben Oesterreichs spielt. Dr. Kramarcz ist der geschickte politische Geschäftsführer der nordösterreichischen Feudalklerikalen, die nur auf den Tod Dr. Luegers warten, um die christlich-soziale Partei ganz in den Bann des Ultramontanismus zu schlagen, und die bereit sind, die Tschechen für die von ihnen dabei zu leistenden Dienste in jeder Hinsicht bei ihren nationalen Sonderbestrebungen zuungunsten des Deutschtums zu unterstützen. Dieser tschechische Politiker arbeitet schon seit längerer Zeit auf das Ziel hin, im Parlamente eine Konstellation herbeizuführen, welche die Grundlage für ein slawisch-feudalklerikales Regime in Oesterreich zu schaffen geeignet ist. Er ist die Seele aller jener Bestrebungen, welche die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments als Vorwand benutzen, um auch die Polen zum gefügigen Werkzeuge der Slawischen Union zu machen, dadurch dem Kabinett Bienerth den letzten Boden unter den Füßen fortzuziehen und so die Bahn frei zu machen für ein ausgesprochen deutschfeindliches Ministerium, das mit den letzten Resten deutschnationaler Selbständigkeit gründlich aufräumt.

Wer den Antrag Kramarcz unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, dem wird alsbald klar werden, was der Schachzug eigentlich bedeuten soll. Unter dem harmlosen Gewande einer Aenderung der Geschäftsordnung, die angeblich zur Rettung des Parlaments aus den Gefahren einer von den politischen Freunden des Antragstellers selbst angezettelten Obstruktion nötig ist, verbirgt sich in Wahrheit ein scharf geschliffenes Schwert, das seine Spitze gegen die Deutschen kehrt. Die deutschfreiheitlichen Parteien, die von den Christlich-Sozialen in dieser Frage im Stiche gelassen worden sind, stehen gemeinsam auf dem Standpunkte, daß bei den eigenartigen nationalen Verhältnissen Oesterreichs einer beachtlichen nationalen Minderheit für den äußersten Fall die Möglichkeit einer ernsthaften parlamentarischen Obstruktion offen gehalten werden müsse, als letztes Abwehrmittel gegen eine zu Rechtswidrigkeiten entschlossene Mehrheit. Dabei verkennen die Deutschen durchaus nicht die Notwendigkeit der Schaffung von Garantien gegen frivole Obstruktionsmanöver. Sie sind daher auch bereit, für solche Fälle Schutzmaßregeln zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments in Erwägung zu ziehen, aber nur nach sorgfältiger Beratung auf dem ordnungsmäßigen, gesetzlichen Wege, nicht auf Grund eines überhasteten Dringlichkeitsantrages à la Dr. Kramarcz. Die Befürchtungen, die sich in deutschen Kreisen an die auf solche Art zustande gekommene Aenderung der parlamentarischen Geschäftsordnung knüpfen, kommen in nachstehenden Sätzen des führenden Wiener liberalen Organs zum Ausdruck: „Die politischen Konsequenzen dieses Ereignisses können nicht ernst genug veranschlagt werden. Die deutschen Parteien, die früher einen bestimmenden Einfluß auf die Regierungspolitik und auf die Arbeitsmajorität hatten, sind eine vereinsamte Minorität geworden, die gegenüber dem Block der slawisch-christlich-sozialen Parteien kaum imstande sind, einen Antrag durchzubringen. Die deutschen Parteien empfinden zum ersten Male wieder seit langer Zeit die Bitterkeit, niedergetreten zu werden. Die Slawische Union hat mit Hilfe der Christlich-Sozialen durchgesetzt, daß künftig slawisch-klerikale Majoritäten nicht mehr durch den Widerstand der deutschfreiheitlichen Parteien gebrochen werden können. Der Sieger, der die Früchte ernten wird und schon jetzt über die Verbündeten innerlich spottet, wird der Klerikalismus in Oesterreich sein. Für ihn haben die Helfer bei diesem Handstreiche gearbeitet."

Daß die Christlich-Sozialen bei dieser Gelegenheit völlig versagten und ihr Deutschtum gering genug achteten, um Schulter an Schulter mit den geschworenen Feinden jeder deutschnationalen Regung in Oesterreich vorzugehen, drückt der neugeschaffenen Situation einen besonders herben und verletzenden Zug für die deutschen Parteien auf. Die ganze Gefahr, die dem Deutschtum in der habsburgischen Monarchie droht, würde nicht halb so schlimm zu bewerten sein, wenn wenigstens die christlich-soziale Partei ihren deutschen Charakter über ihre klerikalen Neigungen stellte und in allen das nationale Interesse der Deutschen direkt oder indirekt berührenden Fragen mit standhafter Treue bei den deutschfreiheitlichen Parteien ausharrte. In dem Maße aber, wie der Einfluß Dr. Luegers in der Partei mit dem Fortschreiten seiner schweren Erkrankung abnahm, haben auch ihre klerikalen Allüren eine Verstärkung erfahren, bis sie in der jetzigen Entscheidungsstunde offen in das gegnerische Lager übergegangen ist. Die christlich-soziale Partei hat durch ihr Verhalten gegenüber dem Antrage Dr. Kramarcz jeden Anspruch auf Vertrauen auf deutscher Seite eingebüßt, und es müßten schon sehr gewichtige überzeugende Tatsachen sein, die den verloren gegangenen Glauben an ihre deutschnationale Zuverlässigkeit neu zu befestigen vermöchten. Die Christlich-Sozialen haben das Menetekel der Lage nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Alle wahren österreichischen Patrioten aber müssen sich voll ernster Sorge die Frage vorlegen, wohin es mit der Wohlfahrt des Gesamtstaates kommen soll, wenn die Slawische Union das Heft in der Hand behält, auf deren Betreiben einer der schwierigsten und heikelsten Gegenstände des nationalen Minderheitsrechtes, wie er in der Reform der parlamentarischen Geschäftsordnung enthalten ist, in der unverantwortlichsten und leichtfertigsten Weise überstürzt worden ist.

Neueste Drahtmeldungen

vom 20. Dezember.

Aus dem Bundesrat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am Sonnabend dem Nachtragsetat für 1909 in der vom Reichstag angenommenen Fassung zugestimmt. Angenommen wurde ferner die Vorlage betr. Aenderung und Ergänzungen des Warenverzeichnisses zum Zolltarif und der Anleitung für die Zollabfertigung. Von der Vorlage betr. ein am 18. vorigen Monats in Wien unterzeichnetes Protokoll über das Ergebnis der zwischen deutschen und österreichisch-ungarischen Kommissaren stattgehabten Verhandlungen über einige Zoll- und Veterinärfragen, sowie über eine in Wien am gleichen Tage getroffene Vereinbarung betr. die wechselseitige Anerkennung der Prüfungszeiten für Handfeuerwaffen wurde Kenntnis genommen. Die Gesetzentwürfe betr. die Zuständigkeit des Reichsgerichts, sowie Aenderungen der Rechtsanwaltsordnung wurden an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Naumanns Nähmaschinen
Haupt-Niederlage: Seidel & Naumann, Dresden-A., Struvestrasse 9.

SLUB
Wir führen Wissen.